



Foto: Nils Johannsen

## Spitzengespräch zwischen TdL und Gewerkschaften gescheitert

# Möllring lässt es krachen

Das Spitzengespräch zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft der Länder am 10. und 11. März in Berlin ist ohne Ergebnis unterbrochen worden.

Der nach zähen Verhandlungen erzielte Kompromissvorschlag fand im Arbeitgeberlager nicht die erforderliche Zustimmung. Insbesondere der Verhandlungsführer der Länder, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), hatte keinerlei Absicht erkennen lassen, einen wie auch immer gearteten Vorschlag ernsthaft zu erörtern. Sein Credo lautete und lautet: Diktieren statt Verhandeln.

Wenn selbst im eigenen Lager die Widerstände gegen die Strategie und Taktik des „Verhandlungsführers“ öffentlich gemacht werden – so sprach der stellvertretende Vorsitzende der TdL, Schleswig-Holsteins Innenminister Stegner (SPD), von „mangelnder Kompromissbereitschaft“ – muss man davon ausgehen, dass Teile des Arbeitgeberlagers eine politische und eben keine tarifpolitische Auseinandersetzung suchen. Niedersachsen, Bayern und Thüringen geht es vor allem um eine Zerschlagung des gewerkschaftlichen Einflusses im öffentlichen Dienst. Letztlich geht es ihnen um die Übertragung ihrer einseitigen Regelungskompetenzen im Beamtenbereich in das Tarifrecht. Sie wollen eine politische Machtprobe mit dem Ziel Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst überflüssig zu machen.

## Verhandlungsvorschlag in der TdL nicht mehrheitsfähig

In intensiven Gesprächen war es gelungen, in der Nacht zum 11. März einen Vorschlag zu den zentralen Fragen Arbeitszeit und Sonderzahlung einvernehmlich für die jeweiligen Verhandlungskommissionen auszuarbeiten. Dieser sah eine Staffelung der Arbeitszeit nach Entgeltgruppen in einem Korridor von 38,5 bis zu den mittleren Gehaltsgruppen und von 40 Stunden für die sog. „Spitzenverdiener“ vor. Familiäre Komponenten oder Regelungen nach Lebensalter wie im Hamburger Abschluss waren nicht Bestandteil des Vorschlages.

Bei der Sonderzahlung bewegte sich das Angebot zwischen 95 bis 40% eines Monatsgehaltes. Diese Lösung hätte für die weit überwiegende Mehrheit der Beschäftigten zumindest ein

Beibehalten des bisherigen Niveaus bedeutet und für die unteren und mittleren Einkommensgruppen sogar eine Verbesserung.

Als dritte Komponente wurde vorgeschlagen, in Analogie zum Tarifabschluss 2005 für Bund und Kommunen eine Einmalzahlung für das Jahr 2006 zu vereinbaren. Diese Einmalzahlung sollte sich zwischen 450 € (untere und mittlere Entgeltgruppen), 300 € (gehobene Gehaltsgruppen) und 100 € für die höchsten Gruppen bewegen. In der Summe ein Paket, das die Arbeitgeber nicht belastet hätte und für die Beschäftigten einen Tarifabschluss mit moderaten Einkommensverbesserungen bedeutet hätte.

## Niedersachsen droht mit Austritt

Das Ziel der GEW, die Eingruppierung angestellter Lehrkräfte per Tarifvertrag zu regeln, wurde von den Arbeitgebern zugestanden. Damit war erstmalig anerkannt, dass im Lehrkräftebereich tarifliche Regelungen die bisher einseitigen Arbeitgeberrichtlinien ablösen sollten. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte nicht mehr an die beamtenrechtlichen Regelungen zu koppeln, sondern auch tariflich zu regeln, wurde aber weiterhin von der TdL kategorisch abgelehnt. Alles in allem enthielt dieser Vorschlag für die GEW-Mitglieder überwiegend positive Aspekte. Auch und gerade die bisher streikenden Mitglieder hätten sich und ihre Interessen wieder gefunden.

Warum kam es dann nicht zu diesem von beiden Seiten erarbeiteten Kompromiss?

Das Arbeitgeberlager hat nach interner Beratung verlauten lassen, dass sowohl in der Frage der Arbeitszeit als auch der Sonderzahlung Nachbesserungen in ihrem Sinne und weitreichende Öffnungsklauseln gefordert würden. Ein Abschluss sei daher nicht möglich. Wie bekannt wurde, haben in einer internen Abstimmung nur vier von 14 Ländern dem Vorschlag zugestimmt. Drei Länder drohten mit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband, sollte eine Einigung erzielt werden, darunter – nicht verwunderlich – auch Niedersachsen.

Hinter den Kulissen wurden seitens der Ministerpräsidenten einiger Länder deutlich gemacht, dass man politisch kein Interesse an einem Tarifabschluss habe. Vielmehr zeigte sich, dass die ostdeutschen Länder Arbeitszeiten von 42

**Streik und Demonstration in Hannover.** Mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen von ver.di und GEW protestieren vor dem Finanzministerium gegen die Haltung von Finanzminister Hartmut Möllring (CDU).

Stunden anstreben und die westlichen Länder zum Teil einen tariflosen Zustand als für sie komfortablen Zustand bevorzugen.

Wenn dies so ist, können die Gewerkschaften aktuell nur zweierlei tun:

1. den Druck über Aktionen und Streiks aufrechterhalten
2. der Öffentlichkeit und den Bürgerinnen und Bürger die Verantwortlichen für diese Situation aufzeigen.

Ziel muss sein, nicht nur ökonomischen Druck, sondern vielmehr politischen Druck aufzubauen. Ziel muss sein, die Strategie des „Zeitspiels“ der Arbeitgeber zu unterbinden. Die Gewerkschaften regten an, nach einer kurzen Bedenkzeit weiterzuverhandeln. Herr Möllring zeigte sich ob dieses Vorschlages überrascht, und bot an, man könne vielleicht in drei Wochen einen Termin finden. Verhandlungswille und Kompromissbereitschaft sieht anders aus.

## Gewerkschaften erhöhen den Druck

Die Gewerkschaften im allgemeinen und die GEW im besonderen müssen nunmehr durch die Entfaltung von Druck über Aktionen und die Ausweitung der Streiks das falsche Spiel der Arbeitgeber aushebeln. Wir müssen die Kräfte im Arbeitgeberlager stärken, die verhandlungs- und abschlussbereit sind, d.h. im Umkehrschluss die Möllrings, Stoibers und Althaus schwächen.

- Es heißt jetzt verstärkt den Kampf aufzunehmen.
- Es heißt angestellte Lehrkräfte verstärkt in die Auseinandersetzung einzubeziehen.
- Es heißt beamtete Kolleginnen und Kollegen für ein solidarisches Verhalten zu gewinnen.
- Es heißt die Zusammenhänge zwischen den Zielen der Arbeitgeber im Tarifbereich und im Beamtenrecht noch deutlicher aufzuzeigen. Die Föderalisierung des Beamtenrechts hat im Kern die gleichen Ziele wie die Abschaffung des Flächentarifvertrages im Angestelltenbereich: einseitige Arbeitgeberdiktate anstelle von Verhandlungen unter gleichberechtigten Tarifparteien.

Manche Arbeitgeber und Politiker wollen eine andere Republik.

Sie residieren nicht weit von hier.

RÜDIGER HEITEFAUT

## GEW ruft zur Fortsetzung der Streiks auf

Nach der Unterbrechung der Gespräche zwischen den Gewerkschaften und der TdL rufen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zur Fortsetzung der Streiks auf. Die GEW Niedersachsen fordert alle Angestellten in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen auf, sich auch weiterhin an den Streiks zu beteiligen. Streikaufruf und weitere Informationen entweder unter [www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de) oder beim GEW-Landesverband, (05 11) 3 38 04-0.

RÜDIGER HEITEFAUT